Klaus-J. Lorenzen-Schmidt
90 Jahre Ortskartell der Gewerkschaften in Glückstadt

Am 9. Juni 1896 wurde das Gewerkschaftskartell Glückstadt als Verein gegründet. Welche Vorgänge haben dazu geführt, welche Voraussetzungen gab es dafür?

Der Norden und Nordwesten des alten Deutschen Reiches ist erst sehr spät unter den Einfluß der Industrialisierung geraten. Vergleicht man die schleswig-holsteinischen Verhältnisse mit denen Sachsens, Schlesiens, des Raumes um Berlin oder des Ruhrgebietes, dann hinkt unser Land um 50 Jahre hinter den fortschrittlichsten Regionen her. In Schleswig-Holstein begann eine ernstzunehmende Frühindustrie erst um 1845, also nach dem Bau der ersten beiden Eisenbahnstrecken in Holstein von Kiel nach Altona und von Elmshorn nach Glückstadt.[1] Im Verhältnis der schleswig-holsteinischen Orte und Regionen aber gehört Glückstadt nun wieder zu den spät und darüberhinaus nur spärlich industrialisierten Städten – etwa im Vergleich zu Altona/Ottensen, Elmshorn, Neumünster, Kiel oder Flensburg. Erst nach dem Übergang der Herzogtümer Schleswig und Holstein zu Preußen (1867), vor allem aber in der wirtschaftlichen Aufschwungperiode nach der Gründung des Deutschen Reiches (1871), rührte sich auch in Glückstadt eine Gewerbeentwicklung, die weit über das Maß der bisherigen handwerklichen und kleinmanufakturellen Traditionen hinausging. Eine wesentliche Voraussetzung dafür war die Einführung der Gewerbefreiheit (1867), also die Auflösung des bis dahin geltenden Zunft- und Gewerbekonzessionssystems.

Schleswig-Holstein heute

Ich erwähne diese Voraussetzungen, weil nur sie etwas über die Bedingungen der Entwicklung einer sozialistischen Arbeiterbewegung in Glückstadt und Umgebung aussagen können. Denn ohne die Industrie oder den großgewerblichen Betrieb werden die Handwerker nicht zu Fabrikarbeitern, wird die große Zahl der Arbeiter nicht einheitlichen Kapitalinteressen unterworfen und kann deshalb den mühsamen Weg von der „Klasse an sich" (nämlich nach den objektiven Lebens- und Arbeitsbedingungen) zur „Klasse für sich" (nämlich nach der bewußten politischen Organisation und dem klaren politischen Ziel der Aufhebung von Klassenherrschaft) nicht gehen. Arbeiter gab es in Glückstadt schon lange und Handwerker auch. Aber erst die Industrie schafft die Bedingungen für die Herausbildung der sozialistischen Arbeiterbewegung.

1867 hören wir erstmals etwas von einer Versammlung eines „Glückstädter Arbeitervereins" in dem sich Sozialisten, die den Ideen Lassalles nahestanden, formierten. Diese Vereinigung, die dem „Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein" in Berlin angehörte, war auf die Formulierung von politischen Willensbekundungen gerichtet, das heißt: auf die Vorbereitung zu Wahlen und den Wahlkampf. Eine eigentlich gewerkschaftliche Organisation stellte der „politische Verein" nicht dar.[2] Gewerkschaften bildeten sich erst Ende der 1870er Jahre in Glückstadt:

- der „Verein der Schneider" mit 21 Mitgliedern 1877,
- ein Zweigverein des „Bundes der Tischler" mit 11 Mitgliedern ebenfalls 1877,
- eine „Gewerkschaft der Schuhmacher" mit 13 Mitgliedern

[1] Vgl. dazu: Frühindustrialisierung in Schleswig-Holstein, anderen norddeutschen Ländern und Dänemark, hrsg. v. J. Brockstedt, Neumünster 1983.

[2] E.-A. Meinert, Glückstadt 1867 bis 1945, in: Glückstadt im Wandel der Zeiten, hrsg. v. d. Stadt Glückstadt, Bd. 3, Glückstadt 1968, S. 19–264, bes. S. 50–64.

und
- ein Zweigverein des „Deutschen Tabakarbeitervereins" mit 11 Mitgliedern 1878.

Im selben Jahr schlossen sich auch die Maurer zusammen, und zwar als „Krankenkassen- und Sterbeverein", denn ihre Gewerkschaft war bereits 1876 in Preußen verboten worden. Auch die Zimmerer organisierten sich 1878. Die Verbindung zwischen Gewerkschaftsbewegung und Sozialdemokratie (1875 hatten sich auf dem Gothaer Kongreß die bisher rivalisierenden Reformisten und Revolutionäre zur „Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands" vereinigt) waren äußerst eng und fruchtbar – ein Auseinandergehen von politischem und gewerkschaftlichem Arm der Arbeiterbewegung war damals in Glückstadt, in der Provinz, in Preußen und im Reich nicht denkbar.

Diese enge Verzahnung von Partei und Gewerkschaft war es dann auch, die die Gewerkschaften im Zusammenhang mit den massiven Unterdrückungsversuchen der herrschenden Klassen in den Untergrund trieben. Im Oktober 1878 verabschiedete der Reichstag die Vorlage *„wider die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie"*, besser bekannt als „Sozialistengesetze" die die Partei und alle ihr nahestehenden Vereine und Verbände verboten. Dazu gehörten auch die Gewerkschaften. Eine öffentlich wirksame Darstellung von Gewerkschaftspositionen war damit unmöglich gemacht; nicht einmal gewerkschaftsinterne Treffen waren unter den Augen einer überaus wachsamen örtlichen Polizei möglich.

Es ist nicht verwunderlich, wenn diese ersten 12 Jahre massiver Unterdrückung zwischen 1878 und 1890 (als die „Sozialistengesetze" fielen), als Tiefpunkt der Arbeit der Organisation gewerkschaftlicher Arbeiterbewegung auch in Glückstadt angesehen werden. Das galt übrigens auch für die „Sozialdemokratische Partei", doch blieb die Wirksamkeit der Mund-zu-Mund-Agitation erhalten. Denn die Verhältnisse der Arbeiterklasse änderten sich keineswegs, ganz im Gegenteil: trotz horrender Gewinne der Industriekapitalisten, der Handelsbourgeoisie und der Junker auf ihren Gütern blieben die Fabrikarbeiter und -arbeiterinnen in schlimmer Lage. Schlechte Arbeitsbedingungen, große Arbeitsplatzunsicherheit, kaum nennenswerte soziale Absicherung bei Krankheit und Invalidität, üble Wohnverhältnisse – alles das schrie nach Veränderung und Verbesserung.

Nur von daher läßt sich verstehen, daß bei Aufhebung der „Sozialistengesetze" die sozialistische Partei und die sozialistischen Gewerkschaften recht stark, fast möchte ich sagen: gestärkt, aus der inneren Verbannung wieder an die Öffentlichkeit traten. In rascher Folge gründeten sich in Glückstadt die Einzelgewerkschaften wieder mit Zweigvereinen, Filialverbänden und Zahlstellen:
- schon 1889 der „Verband deutscher Schuhmacher",
- 1891 der „Deutsche Tischlerbund" (später der Verband der Holzarbeiter), der „Zentralverband der Maurer" und der „Metallarbeiterverband"

- 1892 der „Verband deutscher Schneider und Schneiderinnen“,
- 1894 der „Verband der Bürsten- und Pinselmacher“ und der „Zentralverband der deutschen Böttcher“,
- 1896 der „Verband der Fabrik, Land- und Hilfsarbeiter“,
- 1897 der „Verband der Zimmerleute“ und der „Verband der Lederarbeiter“,
- 1898 der „Verband der Bauhandwerker“ unter Aufnahme der Maurer und der „Verband der Buchdrucker“, schließlich
- 1903 der „Verband der Schiffszimmerer“.

Tatsächlich waren Arbeiter aller dieser Sparten in Glückstadt tätig. Eine Aufstellung aus dem Jahre 1899 zeigt die größeren gewerblichen Betriebe Glückstadts:[3]

Tabelle: Fabriken und Arbeiter in Glückstadt 1899

Branche	Inhaber	Zahl der Arbeiter	tägliche Arbeitszeit in Stunden	Arbeitslohn pro Woche in M
Ziegelei	Schüder & Co	28	13,5	18,50
Eisengießerei	Dierks	19	10,0	23,00
Wagenfabrik	Wrage	11	11,0	16,00
Schiffswerft	Gehlsen	6	9,0	18,00
Chemische Fabrik		107	10,0	19,80
Gasanstalt	Stadt	8	10,0	19,80
Seifenfabrik	von Lessen	6	10,0	17,00 (Männer) 8,00 (Frauen)
Dampfgerberei	Wolf	5	10,0	20,00
Holzbearbeitung	Gehlsen	25	10,5	21,00
Brauerei	Lüders	2	11,0	18,00
Schuhmacherei	Mendel	7	10,0	24,00
Bauuntern.	Eggers & Witt	24	9,0	22,00

Die einzelnen Gewerkschaften waren nicht allzu stark – jedenfalls in den ersten 6 Jahren ihres Bestehens. Teilweise entfalteten sie sich aber schnell. Zwischen 1896 und 1904 wuchs die Mitgliederzahl von insgesamt 71 auf insgesamt 316, also um 350 %, und das trotz anhaltender staatlicher Bespitzelung, Benachteiligung und Unterdrückung.

Tabelle 2: Mitgliederzahlen in Gewerkschaftsverbänden Glückstadts 1896–1904[4]

Gewerkschaft	1896	1897	1898	1899	1902	1904
Schuhmacher	12	7	8	aufgel.	–	19
Schneider	8	7	12	7	11	7
Maurer	9	28	55	110	111	66
Holzarbeiter	18	32	16	21	34	28
Böttcher	15	11	8	6	9	14
Metaller	9	15	–	–	–	–
Fabrikarbeiter	–	50	85	105	174	177
Lederarbeiter	–	–	42	34	?	?
Schiffszimmerer	–	–	–	–	–	5

[3] LAS Abt. 320 Krs. Steinburg Nr. 895.
[4] Stadtarchiv Glückstadt Nr. 1710.

Eisenbahner waren damals nicht gewerkschaftlich organisiert. Deshalb darf es nicht verwundern, daß der größte Betrieb, den Glückstadt vor dem 1. Weltkrieg aufzuweisen hatte, das Eisenbahn-Ausbesserungswerk für die 1878 bis Tondern verlängerte Westküsteneisenbahn (1881 gegründet), mit seinen mehreren Hundert Arbeitern, nicht vertreten ist. Bis 1918 war es für Angehörige von Staatsbetrieben verboten, sich der sozialistischen Arbeiterbewegung anzuschließen. Wer es dennoch tat, erhielt Berufsverbot. Die Bahnwerker konnten sich höchstens privat mit den Gewerkschaftsforderungen solidarisieren, so wie sie es auch mit der SPD taten, diese Solidarität aber nicht öffentlich zeigen. Wilhelm Schinkel, der Chronist der Glückstädter Sozialdemokratie, berichtet von einer Reihe hinter der Bühne versteckter Stühle, auf denen bei Vortragsveranstaltungen die Eisenbahner unerkannt zuhören konnten[5].

Der rasche Aufschwung der zweiten Welle der Glückstädter Gewerkschaftsbewegung führte dann 1896 zur Gründung eines Vereins, der sich „Gewerkschaftskartell Glückstadt" nannte. Schon 1892 hatten sich die „Vereinigten Gewerkschaften in Glückstadt" gegründet, doch konnte sich dieser Vorläufer des Ortskartells nicht halten. Der damalige Vorsitzende, der Schlosser Karl Eckardt, hatte allzu starkes Gewicht auf die Vergnügungen, Feste und Feiern gelegt, während die Mehrzahl der Kollegen andere Aufgaben als wichtiger ansah. Vor allem aber waren die Kollegen der damaligen Zeit mit ihren eigenen Gewerkschaften beschäftigt. Es darf ja nicht vergessen werden, daß es damals in der Glückstädter Industrie überall die 6-Tage-Woche mit täglichen Arbeitszeiten zwischen 9 und 13½ Stunden gab. Da blieb nicht allzuviel Zeit für politische Feierabendaktivitäten.

Im Gegensatz zu den „Vereinigten Gewerkschaften" ging die Gründung des Ortskartells von anderen Voraussetzungen aus: Jede Gewerkschaft in Glückstadt sollte mit Delegierten, deren Zahl auf der Grundlage der Mitgliederstärke ermittelt wurde, an den monatlichen Sitzungen teilnehmen. In der Satzung heißt es unter anderem:

„Der Verein besteht aus den gewählten Vertretern der organisierten Gewerkschaften und den Vertretern der Einzelmitglieder der gewerkschaftlichen Verbände Glückstadts. . . .

Das Gewerkschaftskartell hat alle das gewerbliche und wirtschaftliche Leben berührenden Fragen, soweit sie die Lage und das Interesse der Arbeiterklasse betreffen, in den Bereich ihrer Beratungen zu ziehen und der öffentlichen Gewerkschaftsversammlung zur Beschlußfassung vorzulegen. . . .

Der Zweck des Vereins soll erreicht werden

a) durch Regelung des Versammlungswesens,

b) durch mündliche und schriftliche Agitation,

c) durch Regelung des Herbergs- und Arbeitsnachweiswesens,

d) durch Regelung des Unterstützungswesens bei Streiks und Aussperrungen,

4) durch Regelung des Vergnügungswesens und

f) durch Sorge für die freie Benutzung der Lokale."

Für die Delegierten (bzw. die Mitglieder) des Ortskartells

[5] W. Schinkel, Aus der Geschichte der Arbeiterbewegung Glückstadts und Umgebung, Glückstadt 1953, S. 9.

herrschte Anwesenheitspflicht; wer zweimal nacheinander ohne Entschuldigung fehlte, wurde ausgeschlossen bzw. bei dem entsendenden Verband eine Ersatzwahl angeregt. Erster Vorsitzender des Ortskartells war der Kollege Hermann Schinkel; allerdings wechselte der Vorsitz häufig, meistens jährlich. Bis 1914, also in 18 Jahren, können 12 Vorsitzende gezählt werden – ein Beweis für die basisdemokratische Berücksichtigung der verschiedenen hier zusammenarbeitenden Gewerkschaften.

Welcher Art waren nun die Aktivitäten des Ortskartells in seiner ersten Wirkungsphase? Im Gegensatz zu den bisherigen Chronisten der Glückstädter Gewerkschaftsbewegung Heinrich Offen[6] und Helmut Riecherd[7], die sich beide für die erste Zeit ihrer Darstellungen auf die Glückstädter Polizeiakten stützten (das tat fast ausschließlich auch der bürgerliche Chronist E.-A. Meinert in den entsprechenden Abschnitten der Stadtgeschichte[2]), habe ich das einzige Protokollbuch einer Glückstädter Einzelgewerkschaft, nämlich der Zahlstelle des „Verbandes der Land-, Fabrik- und Hülfsarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands" von 1903 bis 1918, das den Nazi-Terror überdauert hat, einmal genauer betrachtet. Im Gegensatz zu den Polizeiberichten, die sich hauptsächlich auf die Öffentlichkeitsarbeit der Gewerkschaften (Umzüge, Feiern und Feste, Vortragsveranstaltungen) beziehen, geben die Protokolle der monatlichen Zusammenkünfte der Fabrikarbeitergewerkschaft die gewerkschaftliche Alltagsarbeit wieder; denn zu jeder Versammlung gab es einen Punkt „Kartellbericht", in dem die Delegierten der Fabrikarbeiter über die Beratungen im Ortskartell berichteten. Wir erhalten also einen guten Einblick in die Aktivitäten aus gewerkschaftlicher Sicht.

Die wesentlichen Aufgaben des Ortskartells lassen sich danach wie folgt umreißen:

1. Unterstützung bei Gründung neuer Filial- oder Zweigvereine von Gewerkschaften: 1903 wollen sich 3 Schiffszimmerer der Gehlsen'schen Werft dem Ortskartell anschließen; 1905 werden die Barbiergesellen aufgefordert, ihrem Verband beizutreten; 1906 soll die Gründung einer Filiale des Metallarbeiterverbandes betrieben werden, was 1909 endlich gelingt; die Kollegen der Fischerei-AG wollen sich organisieren, schon bald gibt es dort 10 organisierte und 3 unorganisierte Kollegen; 1910 wird wieder eine Zahlstelle der Tabakarbeiter gegründet;
2. Solidaritätsmaßnahmen für auswärtige Kollegen im Arbeitskampf: 1903 wurden für die Streikenden in Kommitschau 227,10 M gesammelt; 1904 gab es Sammlungen für die ausgesperrten Arbeiter in Schliepa; 1905 wurden für die streikenden Bergarbeiter 663,90 M gesammelt und es wurde aufgerufen, keine Weißenfelder Schuhe zu kaufen, da die dortigen Schuhmacher im Ausstand waren; 1906 ging eine Spende von 20 M an die ausgesperrten Lithographen; 1907 rügten die Fabrikarbeiter das Ortskartell, weil dieses keine Spende für die streikenden Schulauer Zuckerarbeiter bewilligt hatte; im gleichen Jahr wurde eine Spende für die ausge-

[6] H. Offen, 60 Jahre Ortskartell Glückstadt, masch.schr. bei den Protokollbüchern des Ortskartells.

[7] H. Riecherd, 75 Jahre Ortskartell der Gewerkschaften Glückstadt, masch.schr.vervielf. bei den Protokollbüchern des Ortskartells.

sperrten Gießener Zigarrenarbeiter beschlossen; die Hamburger Hafenarbeiter baten ebenfalls 1907 die Glückstädter Gewerkschafter, keine Glückstädter Streikbrecher nach dorthin durchzulassen; 1909 sammelte das Ortskartell für die streikenden Kollegen in Lägerdorf und in Schweden; 1911 wurde zum Boykott für die Margarinemarken der Elmshorner Gebra-Werke aufgerufen, da die dortigen Kollegen im Streik standen; auch das Fahrradhaus Stuckenbrok in Einbek, das seine Belegschaft wegen Gewerkschaftszugehörigkeit aussperrte, sollte boykottiert werden;

3. Unterstützung für Belegschaften von Glückstädter Firmen bei Arbeitskämpfen (siehe weiter unten);
4. örtliche Kulturarbeit durch
   a) Haltung und Ergänzung einer Arbeiterbibliothek (sie wurde von einem Ortskartell-Mitglied betreut und aus Ortskartellmitteln Bücher und Broschüren, letztere meist in größerer Stückzahl, angeschafft; 1909 wurde die umfangreiche Bibliothek der Buchdrucker eingestellt);
   b) Bildungsvorträge (1905: „In Nacht und Eis" über Polarexpeditionen, sowie ein Vortrag über Lungenkrankheiten, 1907 „Im Land der Mitternachtssonne", 1908 „Entwicklung der Lebewesen", 1909 „Aus dem Reich der Steinkohlezeit");
   c) Theateraufführung von *„guten Stücken"*, die einen Gegensatz zu den in Glückstadt gespielten Boulevard-Komödien und Schwänken darstellen sollten. Dabei wurde auf reisende Theatergruppen zurückgegriffen. Zum Theaterabend am 15. Februar 1905, bei dem das Stück „Die Hüttenbesitzer" aufgeführt wurde, kamen immerhin 440 Zuschauer. Sonst wurden Stücke von Maxim Gorkij („Nachtasyl") und von Gerhard Hauptmann („Die Weber") mit Erfolg geboten. Ab und zu mußte aber auch gemahnt werden, die *„genußreichen Darbietungen"* besser zu nutzen – vor allem, wenn das Ortskartell mit einem Zuschuß die Bilanz ausgleichen mußte.
5. Stützung des lokalen Konsumvereins, der 1902 gegründet wurde und schon im Oktober dieses Jahres seine erste Verkaufsstelle in Glückstadt einrichtete. Bald mußte eine zweite Verkaufsstelle folgen, und noch vor dem 1. Weltkrieg wurde eine dritte Stelle in Herzhorn eingerichtet[8]. Das Ortskartell nutzte den Konsumverein als Sparkasse für die zum Teil beträchtlichen Kampfreserven (1912: 429 M).
6. Aufbau einer Ortskrankenkasse gegen die Gemeindekrankenkasse Glückstadt. Damit sollte das Krankenunterstützungswesen der Arbeiterbewegung verselbständigt werden. Schon am 25. 9. 1908 wurde beim Ortskartell der Wunsch laut, eine Ortskrankenkasse zu gründen. In einer Versammlung am 31. 7. 1909 kam es zu einer „heftigen Debatte" zu diesem Thema; die Mehrheit der Kollegen sprach sich für die Gründung der Ortskrankenkasse aus. Doch Magistrat, Landrat und Regierungspräsident lehnten nacheinander eine Genehmigung für diese Einrichtung ab. Zur Gründung einer „Allgemeinen Ortskrankenkasse" kam es in Glück-

[8] W. Schinkel (wie Anm. 5), S. 52f.

stadt erst 1919.

7. Verbreitung gewerkschaftlicher Ideen und Agitation für die sozialistische Arbeiterbewegung durch Vorträge zu gewerkschaftlichen Themen (1905 über das Kommunalwahlrecht, 1907 über die Knebelgesetze gegen die Gewerkschaften, 1908 über Sozialdemokratie und Alkoholfrage)
8. Durchführung jährlicher Gewerkschaftsfeste mit Umzügen und
9. Vorbereitung der Kundgebungen bzw. Versammlungen zum 1. Mai.

Bis 1914 fanden alle diese Arbeitsschwerpunkte ein argwöhnisches Interesse der Polizeibehörde. So wurde beispielsweise der Umzug zum Gewerkschaftsfest, obwohl seit 1896 regelmäßig beantragt, erstmals 1904 genehmigt. Der Streitpunkt lag bis dahin in dem Wunsch der Einzelgewerkschaften, ihre Fahnen mitzuführen – diese Demonstration wollte der Landrat bzw. der Magistrat nicht genehmigen. Ganz grundsätzlich durften Festlichkeiten nicht zu politischen Bekundungen genutzt werden – wenigstens dann nicht, wenn Frauen anwesend waren (nach dem reaktionären Vereinsgesetz bis 1908). Kam das vor, dann stellte es ein strafwürdiges Vergehen dar. Immer war ein Polizist zur genauen Beobachtung und späteren Berichterstattung anwesend.

Wenn man dem Protokollbuch der Fabrikarbeiter folgt, dann war die Arbeit des Ortskartells trotz mancher Hindernisse und auch zahlreicher gewerkschaftsinterner Reibereien und Empfindlichkeiten recht erfolgreich. Vor allem die Solidarität mit streikenden und ausgesperrten Kollegen in der Provinz, im Reich und sogar im Ausland, aber auch mit notleidenden, weil kranken und arbeitsunfähigen Kollegen in Stadt und Umland ist beeindruckend.

Der 1. Mai, den erst die Nazis mit einem geschickten Schachzug zum Feiertag erklärten, war ein immer wieder diskutiertes Thema. Meistens veranstaltete das Ortskartell nachmittags einen Ausflug nach Bielenberg. Nicht alle Gewerkschafter konnten sich freimachen; aber die Aufforderung zur Arbeitsniederlegung, wo immer es irgend möglich war, wird immer wieder ausgesprochen.

Wichtig für die Kollegen am Ort waren aber besonders die Arbeits- und Lohnverhältnisse hier in Glückstadt und in der engeren Umgebung: Streiks, Arbeitsniederlegungen und Verhandlungen mit der Kapitalistenseite konnten damals nur betriebsintern angepackt werden. Die Position der Gewerkschaften als Tarifpartei war nicht anerkannt. So beschränkten sich die gewerkschaftlichen Aktivitäten auf organisatorische, vor allem aber finanzielle Hilfe für die im Arbeitskampf befindlichen Kollegen. Streiks und „Lohnbewegungen" gab es in dieser Zeit mehrfach bei der Holzhandlung und der Schiffswerft von Gehlsen, bei den Norddeutschen Quebracho-(Gerbstoff-) Werken, in verschiedenen Baufirmen, in der Schuhfabrik von Mendel, bei der Fischerei-A.G. und an anderen Stellen. Und immer war die Solidarität der nicht-kämpfenden Kollegen gefordert.

Der 1. Weltkrieg beendete die gewerkschaftliche Arbeit in Glückstadt fast schlagartig. Zum einen wurden die aktivsten jüngeren Kollegen zum Kriegsdienst eingezogen, zum andern schwappte aber auch die gewaltige emotionale Welle des Hurra-Patriotismus über die bislang wie ein internationalistischer Fels in der chauvinistischen Brandung stehende Gewerkschaftsbewegung. Die internationale Arbeitersolidarität wurde zu Grabe getragen – ein dunkles Kapitel sozialdemokratisch-gewerkschaftlicher Geschichte begann. Hatten sich die Glückstädter Fabrikarbeiter bis Juni 1914 monatlich einmal getroffen, so waren es zwischen August 1914 und November 1918 nur achtmal insgesamt. Hauptthema war die schlechte Versorgungslage für die arbeitende Bevölkerung und die Unterstützung der Familien der eingezogenen Kollegen. Übrigens findet sich im Protokollbuch keine einzige Bemerkung des Bedauerns über die kriegstreiberische Politik der herrschenden Klassen und den Zusammenbruch des proletarischen Internationalismus.

Aber: Durch Nacht zum Licht! Der Krieg wurde 1918 durch die Novemberrevolution vorerst, durch den Versailler Friedensvertrag endgültig beendet. In Deutschland konnte sich erstmals eine demokratische Republik installieren, in der freies und gleiches Wahlrecht herrschte und gleich zu Beginn wichtige Forderungen der Arbeiterklasse durchgesetzt wurden: der 8-Stunden-Tag, die Anerkennung gewerkschaftlicher Betätigung, ja, sogar der gewerkschaftlichen Rolle bei Tarifverhandlungen und ein Betriebsverfassungsgesetz. Grundsätzliche gewerkschaftliche Forderungen, z. B. nach Vergesellschaftung der Produktionsmittel, blieben unerfüllt.

Für die Glückstädter Gewerkschaftsbewegung wurde etwas anderes wichtig: die Möglichkeit der Eisenbahner, sich gewerkschaftlich zu betätigen. Mit einem Schlag erfuhr das Ortskartell eine enorme Zunahme durch die Eisenbahner-Kollegen, die mit ihrem Vorsitzenden Theodor Möckel auch den in der Zeit der Weimarer Republik beherrschenden Kopf der Glückstädter Gewerkschaftsbewegung als Ortskartellsvorsitzenden stellten.

Auch die politischen Verhältnisse im Ort änderten sich. Mit der Aufhebung des preußischen 3-Klassen-Wahlrechts verdreifachte sich der Stimmenanteil für die Sozialdemokratie auf der Ebene der Reichtstagswahlen; er verzehnfachte sich bei den Wahlen zur Gemeindevertretung.

Tabelle 3: Abgegebene Stimmen für die Sozialdemokratie in Glückstadt[9]

Jahr	bei Reichstagswahlen	bei Kommunalwahlen
1907	592	
1912	638	235
1915		120
1918		180
1919	1773	1596

[9] W. Schinkel (wie Anm. 5), S. 60f.

In einem sozialdemokratisch regierten Staat und einer sozialdemokratisch regierten Gemeinde konnte gewerkschaftliche Arbeit natürlich anders gedeihen als unter preußisch-monarchischer Polizeiaufsicht.Doch haben diese größeren Rechte und Freiheiten auch ihre Kehrseite: die Notwendigkeit des Kampfes um gewerkschaftliche Rechte wird weniger erkannt – ein Phänomen, das auch unsere Zeit kennt.

Zwei besondere Elemente der Entwicklung in der ersten deutschen Republik möchte ich hervorheben: das Eintreten der Glückstädter Arbeiterbewegung gegen den Kapp-Putsch und die unselige Spaltung in einen sozialdemokratisch- und einen kommunistisch-orientierten Flügel.

Der Versuch reaktionärer Kreise, im März 1920 mit einem Putsch die junge Republik zu stürzen, löste überall im Reich starke Abwehrmaßnahmen der Arbeiterklasse aus. Auch in Glückstadt bildete sich ein Aktionsausschuß, dem SPD, USPD, KPD und Gewerkschaften angehörten. Die Gewerkschaften im Reich beantworteten den Putschversuch mit einem Generalstreik. Auch in Glückstadt waren dazu alle Vorbereitungen getroffen. Am 15. 3. 1920 kam es morgens zu einer mächtigen Demonstration zur Unterstützung der legitimen Reichsregierung. Im „Franschen Garten" im Großen Schwibbogen, damals das größte Saal-Lokal der Stadt, wurde eine eindrucksvolle Abschlußkundgebung durchgeführt, auf der der Betriebsratsvorsitzende der Quebracho-Werke, Kollege Paul Philipp, sprach. Zum Generalstreik kam es in Glückstadt nicht, nachdem man der 24-köpfigen Militärwachmannschaft des damaligen Strafgefängnisses den beschleunigten Abzug nahegelegt hatte. Der Halbzug verschwand aus Glückstadt, ohne sich eingemischt zu haben

Hatte die Aktionseinheit der Arbeiterklasse sich hier bewährt, so machten sich die trennenden Elemente doch bald bemerkbar. Schon Wilhelm Schinkel berichtet, daß die Vorkommnisse um den Kapp-Putsch die *„Unruhe in der Arbeiterschaft so sehr [steigerten], daß es zu schweren Beleidigungen der örtlichen Arbeiterführer kam"*[10]. Er kann da nur auf die schweren Differenzen zwischen kommunistischen und sozialdemokratischen Gewerkschaftern angespielt haben. Diese Differenzen haben leider die gesamte Gewerkschaftsarbeit überschattet, wobei die scharfe Agitation der Kommunisten gegen die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer zwar von der Mehrheit der Gewerkschafter abgelehnt wurde, aber doch für Zuwachs bei der KPD sorgte. Als sich beispielsweise 1925 die KPD dem gewerkschaftlichen Mai-Umzug anschließen wollte, wurde das von der Mehrheit im Ortskartell abgelehnt. Aber: Die KPD stellte ein wichtiges Element in der Arbeiterbewegung Glückstadts dar. 1928 vereinigte sie ⅕ aller Arbeiterparteiwählerstimmen auf sich, 1932 schon knapp ein Drittel und 1932 ein gutes Drittel. Es hätte also allen Anlaß gegeben, sich im Rahmen gewerkschaftlicher Arbeit zu treffen und dort eng miteinander zu arbeiten.

Daß auch das nicht geschah, ja, daß die Gewerkschaften voll in die Kämpfe der verfeindeten Arbeiterparteien hineingezo-

[10] W. Schinkel (wie Anm. 5), S. 28f.

Umzug zur Feier des 1. Mai 1931 in Glückstadt. Wie in vielen Orten üblich, schritt auch in Glückstadt eine Gruppe von Trommlern und Pfeifern – hier ist es die der Gewerkschaften – dem Demonstrationszug voran.

gen wurden, ist umso bedauerlicher, als davon die faschistische Reaktion nur profitierte und nicht im gemeinsamen Kampf bezwungen wurde. Die Ereignisse im ersten Halbjahr 1933 ließen auch in Glückstadt schnell erkennen, wie verfehlt die Politik der Klassenspaltung, die sowohl von der KPD wie auch

von der SPD betrieben wurde, war. Denn die Nazis marschierten gewaltig durch. In Glückstadt erzielten sie bei den Reichstagswahlen 1928 3,5 %, 1930 25,6 % und im Juli 1932 38,5 % der abgegebenen Stimmen. Die seit 1929 galoppierende Wirtschaftskrise war ein Hauptstimmenlieferant für die NSDAP.

Am 30. Januar 1933 wurde Adolf Hitler die Bildung eines neuen Kabinetts der Rechten übertragen. Fast augenblicklich setzte der Terror der Nazis ein: Kämpfer der Arbeiterbewegung, in erster Linie Funktionäre der KPD, dann der SPD und schließlich der Freien Gewerkschaften wurden verschleppt, gefoltert, ermordet oder für lange Zeit ohne Gerichtsverfahren in Konzentrationslagern eingesperrt. Auch Glückstadt hat die traurige Berühmtheit, für einige Zeit ein wildes Konzentrationslager in der Landesarbeitsanstalt beherbergt zu haben. Hier wurden ausschließlich Kämpfer der Arbeiterbewegung gefangen gehalten, wie wir aus den Forschungen des Glückstädter Stadtarchivars Reimer Möller wissen.[11] Schon am 2. Mai 1933 werden die Freien Gewerkschaften zerschlagen. Auch in Glückstadt beschlagnahmen Polizei und Hilfspolizei der Nazis Gewerkschaftseigentum. Mir liegen zwei Quittungen vor, auf denen der Polizeihauptwachtmeister Willm und der Obmann der Nationalsozialistischen Betriebszellen-Organisation Wolter bescheinigen, beim Fabrikarbeiterverband

22 Bücher,
1 Schrank mit Büchern und Zeitschriften,
1 Schrank,
1 Fahne mit Zubehör,

[11] R. Möller, KZ-Glückstadt, in: Bei uns 1933–1945, hrsg. v. K.-J. Lorenzen-Schmidt, Engelbrechtsche Wildnis 1983, S. 15–17. Herr Möller arbeitet derzeit an einer Dissertation über Widerstand und Verfolgung im Kreis Steinburg 1933–1945.

2 Kontobücher mit zusammen 92,85 RM und Bargeld in Höhe von 16,39 RM
beschlagnahmt zu haben. Noch am 21. Februar 1933, also 3 Wochen nach Beginn des faschistischen Terrors, hatten Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund und KPD nichts besseres zu tun, als sich gegenseitig madig zu machen. In einem ADGB-Schreiben (Rundschreiben No. 6), das auch das Glückstädter Ortskartell erhielt, lesen wir:
„daß die KPD-Führer die zur Einheitsfront strebenden Massen abermals betrügen wollen und daß nach wie vor die KPD nicht den Faschismus, sondern Sozialdemokratie und Gewerkschaften als Hauptfeind betrachtet".
Bei solchen Äußerungen blieb die Einheitsfront aus, die Nazis hatten leichtes Spiel. Erst im Widerstand gegen das Unrechtsregime haben die verschiedenen Fraktionen der Arbeiterbewegung blutig lernen müssen, wie wichtig die Einheitlichkeit der Gewerkschaften ist.

12 Jahre lang wurde die sozialistische Gewerkschaftsbewegung auf das härteste unterdrückt und auf das schärfste verfolgt. Sie zahlte den höchsten Blutzoll für die Bewahrung fortschrittlicher Ideen und im Kampf gegen den Hitler-Faschismus.

Nach der Befreiung des deutschen Volkes vom faschistischen Joch vergingen 15 Monate, bis es wieder zum Zusammenschluß gewerkschaftlicher Arbeit in Glückstadt kam. Am 3. Juli 1946 wurde wieder ein Ortskartell der Freien Gewerkschaften gegründet. Anders als in der ersten Gründungsphase war die Mitgliedschaft der Einzelgewerkschaften groß: die Eisenbahner hatten 950, die Fabrikarbeiter 97, die graphischen Gewerbe 80, die Metaller 51, die Angestellten 65, der Gesamtverband 73 und der Baugewerksbund 35 Mitglieder. Der erste Ortskartell-Vorstand wurde von den Kollegen Schneider und Winkel geleitet.

Man stand vor einem Trümmerhaufen gewerkschaftlicher Tradition. Viele Kollegen waren durch Justizterror ausgelöscht oder durch Haftstrafen gebrochen worden; den Jüngeren, die nur die „Deutsche Arbeitsfront (DAF)" der Nazis miterlebt hatten, fehlte solides gewerkschaftliches Grundwissen; manche früheren Kollegen hatten sich aus Opportunismus der NSDAP angeschlossen. Kurzum: es gab beim Wiederaufbau des Ortskartells sehr viel zu tun. Und dieser Wiederaufbau fand unter schwersten wirtschaftlichen Bedingungen statt: Zerstörungen, Demontage, Flüchtlinge, Lebensmittelknappheit und Wohnungsnot sind nur einige der Stichworte, die die damalige Situation umreißen können. Alle diese Problembereiche erforderten auch in Glückstadt gewerkschaftliches Mitdenken und Mithandeln, wie die Protokolle der ersten Ortskartell-Sitzungen erkennen lassen.

Ich möchte hier nur auf einen Komplex eingehen: die Entnazifizierung. Sie spielt 1946 bis 1948 eine äußerst starke Rolle im Ortskartell und wird vor allem immer wieder von den kommunistischen Kollegen ins Gespräch gebracht. Zu Recht, wie ich meine, denn sie wollten die Gewerkschaften von den opportu-

nistischen Kräften reinigen, die nach dem Motto gehandelt hatten: *„Wes' Brot ich esse, des' Lied ich singe"*. So geht es beispielsweise am 16. Juli 1946 um die Rückgabe der „Volksbibliothek", die aus der 1933 beschlagnahmten Gewerkschaftsbücherei gebildet worden war. Man ist sich einig, daß der Kollege Reichert der richtige Mann für die Verwaltung der Bibliothek wäre, aber: *„er hat sich während der NS-Zeit nicht zur Zufriedenheit der Arbeiterschaft verhalten"*. Am 2. Oktober 1946 heißt es in einer Stellungnahme:
„solange nicht von oben angefangen wird, wie z. B. Dr. Radtke als Kreissyndikus, solle man die kleinen P[artei]g[enossen der NSDAP] in Ruhe lassen".
Darüber entwickelt sich eine erregte Debatte. Am 7. Oktober 1946 wird die Frage gestellt, ob der Kollege Kemm die Gewerkschaftsjugend führen soll; in der Diskussion heißt es: er sei einer der ersten gewesen, die zur NSDAP hin abgefallen wären, und käme deshalb für diese Aufgabe nicht in Frage. Am 13. Mai 1947 wird gefordert, daß die Ortskartelldelegierten politisch *„einwandfrei"* sein müßten. Der Kollege Büchner als Vorsitzender der Landarbeitergewerkschaft soll als ehemaliger NSDAP-Mann ab dem 9. September 1947 nicht mehr an Ortskartell-Sitzungen teilnehmen. Noch am 9. März 1948 kommt es zu einer scharf geführten Debatte um Funktionärstätigkeiten alter NSDAPler. Gegen 5 Stimmen wird die Wiederaufnahme ehemaliger Parteigänger der Nazis beschlossen.

Entnazifizierung war nur ein Punkt in den Aussprachen des Ortskartells. Andere, ebenfalls sehr ernst genommene, waren: Neu-Organisation der Gewerkschaften und des DGB, die Arbeit der Betriebsräte, die Rechtsprechung und Besetzung der Arbeitsgerichte und – als Dauerbrenner – die Versorgungs- und Ernährungsproblematik.

Die Veranstaltungen zum 1. Mai machen schon 1948 Schwierigkeiten. Wieso – wird der Vorstand im April 1948 gefragt – soll die Maifeier im „Franschen Garten" stattfinden und nicht auf dem Marktplatz? Der Vorstand befürchtet eine schlechte Beteiligung und damit Prestigeverlust für die Gewerkschaften – wir sehen: manches alte Problem beschäftigt uns auch heute noch.

Ich möchte im einzelnen auf die weitere Entwicklung des Ortskartells nicht eingehen. Der Wiederaufbau in den 3 Westzonen des Reiches, der späteren Bundesrepublik Deutschland, hat auch der Gewerkschaftsbewegung manche Nuß zu knacken gegeben. Vieles ist in gemeinsamer Anstrengung erreicht worden. Doch haben diese Entwicklungen auch ihre Probleme gebracht. In gewerkschaftlicher Hinsicht hat sicherlich die starke Vergrößerung der Gewerkschafterzahl in Glückstadt ihre erfreulichen Seiten gehabt; einer gleichmäßigen Vermehrung gewerkschaftlicher Aktivitäten kam das nicht zugute. Der Entwicklung der 1950er Jahre mit „kaltem Krieg" und der zunehmenden Abschottung der Länder des „real existierenden Sozialismus" haben wir zu verdanken, daß die Gewerkschaften immer unpolitischer wurden und sich schließlich fast ganz von ihrem klassenkämpferischen und sozialistischen Erbe lossag-

ten. In Glückstadt bat der Ortskartell-Vorsitzende Kollege Schneider schon am 10. August 1948 einen (kommunistischen) Delegierten, *„nicht politisch zu werden"*. Als dann der Schleswig-Holsteinische Lehrerverein als GEW zum DGB stieß, da waren es in Glückstadt die Kollegen Beamten (und als deren Wortführer Heinrich Offen), die in den 1950er Jahren eine eindeutige Abkehr vom sozialistischen Gedankengut forderten, um eine möglichst breite Organisationsbasis zu erreichen.

Ob den Gewerkschaften mit dieser Abkehr von der Richtungsgewerkschaft eindeutig sozialistischer Prägung und der Hinwendung zur Einheitsgewerkschaft unter Einschluß ganz verschiedener politischer, konfessioneller und weltanschaulicher Strömungen eine größere Kampfkraft zugewachsen ist, möchte ich angesichts der heute wieder verschärften Auseinandersetzungen mit Kapital und kapital-vertretenden Politikern bezweifeln. Schon die Auseinandersetzung um die Änderung des § 116 des Arbeitsförderungsgesetzes haben gezeigt, daß Gewerkschaftsfeinde nicht nur außerhalb der Gewerkschaften sitzen. Der Kampf gegen den Abbau von Arbeitnehmerrechten und gegen die Hinnahme der Massenarbeitslosigkeit wird ein übriges lehren.